

**Abstract:** Bis 2022 steigt Deutschland aus der Atomenergie aus. Die wegfallenden Strommengen sollen durch regenerative Energien kompensiert werden. Projekte dieser Art, beispielsweise Windräder oder Solarparks, wurden sozialwissenschaftlich bereits unter verschiedenen Aspekten erforscht. Kaum beachtet blieben bisher jedoch die Altlasten der Energiewende: die abgeschalteten Atomkraftwerke, die nun innerhalb der nächsten Jahre abgebaut werden müssen. Die vorliegende Masterarbeit gibt einen Überblick über potentielle Konfliktthemen beim Rückbau kommerziell betriebener Kernkraftwerke. Folgende zwei Forschungsfragen wurden unter exploratorischen Gesichtspunkten untersucht:

**FF 1:** Welche Muster finden sich in der lokalen und regionalen Berichterstattung über die Rückbauvorhaben von Kernkraftwerken?

**FF 2:** Wie nehmen Bürgerinitiativen, Betreibergesellschaften und Behörden aktuelle Konflikte wahr und mit welchen Kommunikationsstrategien begegnen sie diesen?

Hierzu wurden mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse der lokalen und regionalen Medienberichterstattung an fünf Kraftwerksstandorten in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein zentrale Akteure und Themen herausgearbeitet. Anschließend wurden die Ergebnisse mittels halbstandardisierter Experteninterviews vertieft. Zentrale Akteure sind bundesländerübergreifend ähnlich: Maßgeblich am Diskurs beteiligt sind Betreibergesellschaften, die Landesumweltministerien und Bürgerinitiativen. Die Sichtbarkeit im Konflikt hat allerdings nichts mit tatsächlicher Entscheidungsgewalt zu tun. Konflikte resultieren vor allem aus unterschiedlichen Standpunkten hinsichtlich der Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten beim Rückbau, der Rückbauinfrastruktur an den einzelnen Standorten und dem Umgang mit Reststoffen aus dem Kraftwerk. Insbesondere hervorzuheben ist hier das Thema „Freimessung“, bei dem Reststoffe mit einer Belastung unter zehn Mikro-Sievert recycelt, verbrannt oder deponiert werden dürfen. Sie fallen dann nicht mehr unter das Atomgesetz, sondern unter das Abfallwirtschaftsgesetz, was gleichzeitig zu einer Kostenreduktion für die Betreiber im Entsorgungsprozess führt. An einigen Standorten fürchten Bürgerinnen und Bürger, dass durch dieses Vorgehen vermeidbare Gefahren für Mensch und Umwelt entstehen. Die Systematisierung der Akteure und Themen soll es ermöglichen, potentielle Konfliktthemen an anderen Kernkraftwerksstandorten vorherzusehen.

**Art der Arbeit:** Masterarbeit

**Verfasserin:** Julia Schabel

**E-Mail:** juliaschabel@gmx.de